

Gemeindeverwaltung Binz
- Ostseebad Binz -

Niederschrift

über die 2. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (7. Wahlperiode)
am **24.09.2019**

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von: Herr Michalski

Die Gemeindevertreter:

- | | |
|---------------------|--------------------------------|
| 1. Jürgen Michalski | X |
| 2. Heike Reetz | e (in Vertretung: Helga Holtz) |
| 3. Kai Deutschmann | X |

sachkundige Einwohner:

- | | |
|----------------------|---|
| 4. Barbara Ohrmann | X |
| 5. Reinhard Suhrbier | X |

Gäste:

Herr Behrens	-	Amtsitr. Finanzen
Frau Küster	-	Amtsitrn. ZD u. Soz.
Frau Guruz	-	Amtsitrn. Bauamt
Frau Winter	-	Amtsitrn. allg. ordn.-behörtl. Aufg.

**Niederschrift der 2. Sitzung des Finanzausschusses vom 24.09.2019
- öffentlicher Teil -**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Tagungsort: Sitzungsraum 117, Gemeindeverwaltung Binz
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:35 Uhr

zu 1.

Herr Michalski eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2.

Die Tagesordnung wird folgendermaßen geändert: Die Punkte 5 und 6 werden getauscht, so dass die zur Lesung des Haushaltsplanes 2020/2021 anwesenden Amtsleiter nicht unnötig lange bleiben müssen. Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung
4. Einwohnerfragestunde
5. Lesung und Beratung des Haushaltsplanes 2020/2021 der Gemeinde Ostseebad Binz
6. Beratung und Beschlussempfehlung zur 1. Nachtragshaushaltssatzung zum Haushaltsplan 2019 der Gemeinde Ostseebad Binz

nichtöffentlicher Teil:

7. Sonstiges

zu 3.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig bestätigt.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

zu 4.

Keine Anfragen

zu 5.

Herr Behrens informiert, dass es sich nicht mehr um einen Doppelhaushalt handelt, sondern in der letzten Gemeindevertretersitzung beschlossen wurde, den Beschluss dazu aufzuheben. Somit wird wie bisher für ein Jahr geplant. Die Unterlagen konnten in der Kürze der Zeit nicht geändert werden, so dass hier noch zwei Jahre enthalten sind. Es handelt sich bei dem vorliegenden Haushaltsplan um den Vorschlag der Verwaltung für den Einsatz der finanziellen Mittel für 2020. Beabsichtigt ist der Beschluss eines mehrheitsfähigen Haushaltsplanes durch die Gemeindevertretung am 12.12.2019.

Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt, die Erfüllung der Pflichtaufgaben, die Umsetzung der Beschlüsse der Gemeindevertretung (Verkauf MZO-Gelände, Zuschuss Ferienspiele und Kindertag). Die freiwilligen Leistungen sollen aufrechterhalten werden (Begrüßungsgeld, Zuschüsse an Vereine, Unterhaltung Sportstätten, Spielplätze, Freizeitzentrum). Die Steuersätze sind beibehalten worden. Hinsichtlich der Grundsteuer ist noch nicht absehbar,

in welche Richtung die Entwicklung geht. Man bleibt also vorerst beim bekannten Steuersatz. Bis 2025 soll es eine neue Regelung für die Bemessung der Grundsteuer geben.

Eine Aufnahme von Fremdkapital ist nicht vorgesehen, somit bleibt der Haushalt anzeigepflichtig, muss nicht durch die Rechtsaufsicht genehmigt werden.

Zu den Ergebnissen der Vorjahre äußert Herr Behrens, dass die Jahresabschlussarbeiten für 2018 noch nicht durchgeführt wurden. Der Ansatz 2019 ist der Haushalt 2019, also noch nicht der Nachtrag, weil dieser noch nicht beschlossen ist. Noch nicht berücksichtigt wurden die Orientierungsdaten des Landes (Schlüsselzuweisungen, Kreisumlage usw.).

Zum Ergebnishaushalt:

- Jahresergebnis für 2020: Überschuss von 1.073.000 Euro (Verwendung für den Aufbau der Ergebnisrücklagen)
- bei Planung des Doppelhaushalts würde bereits 2021 ein Verlust von 966.100 Euro ausgewiesen
- wichtig ist, trotz der Grundstücksverkäufe auf das operative Geschäft zu achten, Einnahmen und Ausgaben idealerweise auszugleichen
- mit der Erweiterung von Prora wird es hoffentlich neue Gewerbesteuerzahler geben und es werden mehr Grundsteuern eingenommen
- ab 2020 gilt neues FAG (Finanzausgleichsgesetz), welches uns und andere Ostseebäder Benachteiligt – dies wurde an verschiedenen Stellen bereits angesprochen
- Familienleistungsausgleich (200.000 Euro), investive Schlüsselzuweisungen (350.000 Euro) fallen weg
- neu ist eine Infrastrukturpauschale von 200.000 Euro und für die kommenden 3 Jahre eine Ausgleichsleistung vom Land (1. Jahr 300.000 Euro, 2. Jahr 200.000 Euro, 3. Jahr 100.000 Euro)
- die Politik ist informiert, allerdings haben die Ostseebäder bzw. Mittelzentren eine kleine Lobby, beim neuen FAG Änderungen herbeizuführen
- Rücklagen werden nicht gebildet oder aufgelöst
- Haushaltsausgleich ist mit 1,073 Mio. Euro erreicht

Zum Finanzhaushalt:

- Überschuss im laufenden Haushalt von 378.000 Euro
- Ursache: Verkauf MZO-Gelände
- Investitionshaushalt weist ebenfalls Überschuss von 1,293 Mio. Euro aus
- Investitionen in Höhe von 10,387 Mio. Euro sind geplant – gegenüber stehen hohe Einnahmen an Fördermitteln und aus dem Verkauf des MZO-Geländes von 11,6 Mio. Euro
- Finanzmittelbestand beträgt voraussichtlich am 31.12.2020 2,3 Mio. Euro

Zum Stellenplan: Herr Behrens hat die neue Struktur an die Ausschussmitglieder gegeben, hieraus ergibt sich der neue Haushalt. Ab 2020 werden einige Kostenträger wegfallen, z. B. die Turnhallen, die Sportstätten, der Kunstrasenplatz – diese werden im neu geschaffenen Produkt Gebäudemanagement abgebildet. Im Anhang zur Haushaltsplanung wird es eine Kosten- und Leistungsrechnung geben, so dass diese Produkte ausgewertet werden können, um zu sehen, wie effektiv sie sind. Die Namen der Teilhaushalte sind verändert worden, sie bleiben aber in der Gesamtheit erhalten. Allgemeine Verwaltung, Bürgerservice, (bisher Ordnungsamt), Planen und Bauen (bisher Bauamt), Finanzen (bisher Kämmerei). Einige Änderungen gibt es innerhalb der Teilhaushalte, z. B. Brandschutz zu Planen und Bauen, Bußgeldstelle im Bürgerservice, wo alle Bußgelder zusammenlaufen. Neu geschaffen ist die Owi-Stelle im Bauamt für alle baulichen Owis. Alle Änderungen sind innerhalb des Haushaltes in der Kostenstruktur abgebildet.

Frau Küster äußert, dass ab 2020 die Kindertageseinrichtungen nicht mehr zu ihrem Bereich gehören, sie hat aber die Planung noch erstellt. Hier sind die Kosten sehr schwankend. Ab 2020 ändert sich der Anteil der Wohnsitzgemeinde, es wird einen Festbetrag geben (149,33 Euro pro Kind, egal ob Ganztags-, Teilzeit oder Halbtagsplatz bzw. Krippe, Kindergarten, Hort). Die Gemeinde spart hierbei etwas ein, in der Kita Prora mehr als in der Binzer Kita.

Herr Michalski ist erstaunt, dass sich die Kosten in der Kita in Prora fast halbieren. Wer trägt die Differenzen?

Gemäß der Änderung im KiföG übernimmt die Wohnsitzgemeinde den Festbetrag, der Differenzbetrag wird durch Landes- und Kreismittel gedeckt. Ab Januar entstehen für die Eltern keine Kosten für die Kinderbetreuung. Die Gemeinde zahlt nicht mehr an den Träger, sondern an den Landkreis, der dann den Gesamtbetrag an den Träger zahlt.

In den Schulen gibt es keine großen Änderungen, die eingereichten notwendigen Mittel für die Ausstattung sind eingeplant. Die Gebäude werden vom Bereich Planen und Bauen betreut.

Im Bereich Verwaltungssteuerung/Gremien gibt es kleine Änderungen in einzelnen Sachkonten, da bestimmte Dinge in den Bereich Gremien übergehen (Altersjubiläen, Seniorenarbeit usw.) und sich somit die Ausgaben in diesem Bereich erhöhen.

Der Stellenplan 2020 ist der neuen Struktur angepasst. Organisatorisch wurden Änderungen vorgenommen, die sich u. a. in den einzelnen Stellen widerspiegeln.

Herr Michalski fragt, wie diese Umstrukturierung bzw. der Stellenplan zustande gekommen sind, hat hier eine externe Firma mitgewirkt?

Die Struktur ist im Hause entstanden, so Frau Küster. Der größte Teil soll ab Januar umgesetzt werden. Aufgrund der vorliegenden Struktur wurde die Anpassung im Stellenplan vorgenommen.

Frau Winter fügt hinzu, dass man seit ca. 10 Jahren versucht, die Verwaltung zu reformieren, so dass Bürgerämter eingerichtet wurden/werden, um bürgernaher zu arbeiten.

Frau Guruz erläutert die Verschiebungen des Bereiches Umwelt zum Bürgerservice und die Einrichtung des Gebäudemanagements.

Herr Michalski: Wie kommen die zusätzlichen zwei VzÄ zustande bzw. 250.000 Euro Mehrausgaben?

Enthalten sind hier auch Stufenaufstiege und vorher nicht besetzte Stellen, so Frau Küster. Alle Mitarbeiter erscheinen mit der kompletten Gehaltsberechnung für das ganze Jahr, Korrekturen gibt es im Nachtrag, ggf. aufgrund von nicht besetzten Stellen oder Langzeitkranken. Die Teilzeitstellen der Reinigungskräfte für die Gemeindeverwaltung, Regionale Schule, Turnhalle, Feuerwehr werden ab Januar 2020 ausgeschrieben.

Frau Ohrmann fragt, warum es als sinnvoll erachtet wurde, die Reinigung nicht mehr Fremdfirmen zu übergeben. Bei Fremdfirmen hat man nicht das Problem mit kranken Mitarbeitern und Urlaub.

Frau Küster erklärt, dass es für zwei Jahre befristet vorgesehen ist. In der Grundschule und Turnhalle wurde bereits auf eigene Reinigungskräfte umgestellt, dort ist man sehr zufrieden.

Frau Ohrmann meint, man solle nicht nur die Kosten im Auge haben, sondern auch die Qualität. Eigene Kräfte fühlen sich für die Objekte wahrscheinlich mehr verantwortlich.

Frau Winter gibt Informationen zum Bürgerservice: Wenige Veränderungen bei den Ordnungsangelegenheiten, im Standesamt, im Meldewesen, im Bereich Gewerbe. Es wurden in allen Bereichen mehr Mittel für Aus- und Fortbildungen eingeplant. Neu im Bürgerservice ist die Stelle Bußgeld für die Parkraumbewirtschaftung im Ort, im Plan mit 329.000 Euro. Der Bereich Umwelt gehört dann zum Bürgerservice, vorher Bauamt, deshalb von Frau Guruz geplant.

Herr Behrens merkt zum Bereich Ordnungsangelegenheiten an, dass die Kosten für die Tiernotstation extrem gestiegen sind. Die Umlage für die Einwohner wurde erhöht. Momentan gibt es dort kleine Unstimmigkeiten – in das Gebäude muss investiert werden, man wird sehen, wie man damit umgeht.

Frau Guruz erklärt zum Bereich Planen und Bauen, dass zum Bereich Umwelt die Abfallwirtschaft und das Friedhofswesen gehören, allerdings nicht die baulichen Maßnahmen. Aus dem Gebiet Umwelt wurde ein Bereich herausgearbeitet, der sich Grünplanung nennt und bisher nicht stattgefunden hat bzw. nebenbei mitgemacht wurde. Aus dem Grund ist die Stelle Grünplanung heraussortiert und mit wesentlich höheren Beträgen eingestellt worden.

Zum Gebäudemanagement äußert Frau Guruz, dass die vorgenommene Zusammenfassung sehr erfreulich für das Bauamt ist. Im kommenden Jahr ist vorgesehen, in den gemeindlichen Liegenschaften mehr auf Energiebilanzen zu schauen und kleinere und mittlere Investitionen zu tätigen, die unsere operativen Kosten senken. In der Grundschule wurde mit einer Lüftungsanlage begonnen.

Bis auf die Pestalozzistraße sind alle Straßenkörper hinsichtlich der Pflegezustände in eine Stabilität gebracht, ohne dass ein grundhafter Ausbau notwendig ist. Im kommenden Jahr soll mit dem neuen Tiefbauer das Problem Fußwege angegangen werden.

Zu den investiven Maßnahmen berichtet Frau Guruz, dass diese erstmals nach Binz und Prora getrennt wurden, um zu schauen, dass nicht ungleichmäßig investiert wird. Am 18.10.2019 werden in einer umfangreichen Beratung die baulichen Maßnahmen festgelegt, notwendig wären derzeit 10 Maßnahmen. Im Bereich Wirtschaftsförderung arbeiten derzeit sogar 2 Mitarbeiterinnen, die sehr aktiv sind und versuchen, jeden ausgegebenen Euro über Fördermittel einzuwerben. Dieses Jahr ist das sogar mehr, weil bei Straßenbauprojekten die Eigenmittel auf die Investoren umgelegt werden, z. B. in Prora, sozusagen „0 Euro-Baustellen“ für die Gemeinde.

Ein weiteres Thema ist die Neuordnung in Binz aus städtebaulicher und touristischer Sicht. Dabei geht es technisch um die Öffnung der Ahlbeck, inhaltlich darum, dass der Straßenbereich der Hauptstraße/Strandpromenade zu eng ist, dass nicht mehr genug Restaurants vorhanden sind und die Gäste im Sommer in Schichten essen müssen. Die Grundüberlegung ist, den Innenort gestalterisch zu öffnen, z. B. die Fußgängerzone zu erweitern – Idee: Kunstmeile bis zur Schillerstraße. 1 Mio. Euro sind hierfür vorerst für 2020 eingestellt, Fördermittel von ca. 800.000 Euro können eingeplant werden. Auch für Prora würde Frau Guruz empfehlen, eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme vorzusehen, dann gibt es wesentlich mehr Fördergelder und es hat den Vorteil, dass alle Investoren in diesem Bereich Zugriff auf staatliche Fördermittel haben.

Weitere Vorhaben sind das Kompetenzzentrum, das Vereinsgebäude, die Kita-Sanierung, Anbau von Hortbereichen in der Grundschule, die Erschließung des alten Sportplatzes (Schwierigkeiten in der bisherigen Planung), Erschließung MZO-Gelände mit 90 %iger Förderung und Umlage der Eigenmittel, Parkhaus MZO mit vorerst 2 Ebenen (30 % Förderung), Grünachse vom Schmachter See bis zum Klünderberg (Investition 200.000 Euro, Förderung 75 %). Für 2021 wird eine weitere Grünachse angestrebt, das wird am 18.10.2019 besprochen.

Für die Proraer Allee ist für dieses Jahr aufgrund des hohen CO₂-Ausstoßes der Straßenlaternen die Umrüstung auf LED bzw. der Wechsel der Lampenköpfe geplant. Im kommenden Jahr werden weitere Straßenzüge folgen. In der Goethestraße wurden die Lampen zerschossen und müssen auch erneuert werden.

Frau Ohrmann merkt an, dass in der Sonnen-/Goethestraße die Straßenschilder abgerissen sind.

Es gab letzte Woche eine Verwüstung quer durch den Ort, so Frau Guruz.

Zum Friedhof erklärt Frau Guruz, dass dieser komplett neu aufgemessen wurde. Geplant ist, im Rahmen des neuen Bürgerservice die Angebote auf dem Friedhof zu erweitern, z. B. Baumgräber, neue Urnenflächen. 50.000 Euro sind für die Neugestaltung eingeplant.

Im Ortsteil Prora ist das Teilvorhaben Knotenpunkt fertiggestellt. Die Bepflanzung wird bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Es ist ein „0 Euro-Projekt“, weil die Umlagen an die Investoren weitergegeben werden.

Für 2020 ist vorgesehen, den Parkplatz hinter dem DJH (momentan noch Waldfläche) auszubauen. Die Ausbaustraße Block IV wird abgeschlossen, ebenfalls ein „0 Euro-Projekt“. In der Proraer Allee ist der Ausbau bis zum Ende der Südstraße vorgesehen, ggf. mit einer Straßenverlegung, nähere Informationen am 18.10.2019.

An der Ausfahrt nach Bergen soll eine Leitplanke errichtet werden. Der 2. Ausfahrtarm nach Bergen wird gebaut, geplant mit 500.000 Euro, voll förderfähig.
Für die „Proraer Mitte“ am Block III sind ebenfalls 500.000 Euro eingestellt, Besprechung dazu ebenfalls am 18.10.2019.

Herr Behrens wirft ein, dass diese Summe nicht im Plan ist, sondern das Projekt erst besprochen werden soll.

Ggf. kann es über den Nachtrag eingebracht werden, weil der heute vorliegende Haushaltsentwurf nach dieser Lesung in die Beschlussphase (GV am 12.12.2019) geht.

Herr Behrens weist darauf hin, dass das Vereinsgebäude aufgrund des hohen finanziellen Aufwandes nicht in der Planung 2020 enthalten ist, u. a. weil wir noch nicht sagen können, was mit der Schule bzw. einem möglichen Schulzentrum passiert.

Herr Michalski fragt zum Parkhaus, ob es sich um Planungskosten handelt.

Nein, das sind die Kosten für 2 Module und die Fundamente, so Frau Guruz.

Frau Guruz informiert weiterhin über den Teilausbau des Erdgeschosses des Verwaltungsgebäudes für den Bürgerservice – Kosten: 500.000 Euro, davon 50.000 Euro aus dem Gemeindehaushalt. Momentan ist es so, dass die Bürger zum Einwohnermeldeamt teilweise durch dunkle Gänge in das Amt müssen. Der Grieche ist ausgezogen, so dass dieser Bereich ausgebaut werden soll, mit Anbau eines gläsernen Empfangsbereiches. Hier sollen das Standesamt, das Einwohnermeldeamt, die Bußgeldstelle, das Gewerbeamt einziehen. Somit würde es im Verwaltungsgebäude ruhiger.

Herr Michalski spricht an, dass das Gebäude der Wohnungsverwaltung gehört.

Noch ein Jahr, meint Frau Guruz. Ca. 300.000 Euro könnten als Fördermittel eingeworben werden. Die Wohnungsverwaltung soll verpflichtet werden, einen Teil der Umbaukosten zu übernehmen, weil in den vergangenen Jahren recht wenig investiert wurde. Wenn wir bestimmte Aufgaben (z. B. Fischereischeine) zusätzlich übernehmen, würde man auch der Kurverwaltung einen Teil der Kosten auferlegen.

Für den Teil müssten wir erst einmal Miete an die Wohnungsverwaltung zahlen, so Herr Behrens. Beim Bau des Gebäudes wurde der Beschluss gefasst, dass das Gebäude nach 20 Jahren an die Gemeindeverwaltung zurück übertragen wird. Frau Schierhorn hat bereits Rücklagen gebildet. Der Beschluss zur Rückübertragung wird zur gegebenen Zeit gefasst.

Herr Michalski erkundigt sich nach der Entschädigung für die „Wehrleitung“, jährlich 17.000 Euro. Dieser Begriff ist irreführend, da es sich sicherlich nicht nur um die Entschädigung für die Wehrleitung, sondern für alle Feuerwehrmitglieder handelt.

Das sind vorgegebene Konten aus dem Sachkontenrahmen, so Herr Behrens.

Software für die Neugestaltung der Website ist eingestellt, so Herr Michalski. Was ist hier vorgesehen?

Die neue Website ist fast fertig, so Frau Guruz.

Herr Michalski spricht die Umlage für die Kurverwaltung an, 561.000 Euro sind hier vorgesehen. Die Befreiungstatbestände sagen etwas anderes aus, so dass 700.000 Euro fehlen würden. Fraglich ist nun, was der Haushaltsplan der Kurverwaltung aussagt, ob dort die 700.000 Euro als Einnahme enthalten sind?

Herrn Behrens sind die Zahlen der Kurverwaltung noch nicht bekannt. Wenn die Kurverwaltung den höheren Betrag fordern sollte, müssen wir den einstellen und würden darauf hinweisen, dass die Kurverwaltung diesen Wert als Gewinn ausweist. Nachteil dabei wäre, dass wir diesen versteuern müssten.

Herr Michalski weist darauf hin, die Auswirkungen noch einmal zu überdenken, wenn der Kurverwaltung 700.000 Euro für touristische Investitionen fehlen und bittet um Prüfung dieser Angelegenheit, da unter Umständen der Haushaltsplan der Gemeinde wegen diesem Punkt „durchfallen“ könnte.

Kalkulation und Haushalt können durchaus abweichen, so Herr Behrens, z. B. durch Schwankungen bei den Gästezahlen. Auswirkungen müssen im Haus diskutiert werden, wenn die Zahlen der Kurverwaltung vorliegen.

Frau Guruz verweist auf andere Modelle, wo die Grundstücke nicht an die Kurverwaltung übertragen, sondern an sie verpachtet werden.

Herr Behrens verweist noch einmal auf seine Aussage im Betriebsausschuss: Die Befreiungstatbestände sind aus Mitteln des Haushaltes der Gemeinde zu tragen – das muss nicht unbedingt der Haushalt der Kernverwaltung, sondern kann auch der Haushalt der Kurverwaltung sein. Bisher war es immer der Haushalt der Kurverwaltung, was funktioniert hat. Ein gesunder Mittelweg, mit dem beide leben können, muss gefunden werden.

Neben dem Modell der Grundstücksverpachtungen gibt es die Möglichkeit der Bettensteuer, worüber ernsthaft nachzudenken ist. Man würde die Kalkulation sparen, hätte frei verfügbare Steuereinnahmen, könnte die Einheimischen befreien, weil es eine Steuer für die Übernachtung wäre. Herr Behrens fordert die Fraktionen auf, darüber zu diskutieren und sich eine Meinung zu bilden.

Herr Suhrbier erkundigt sich nach den sonstigen Zuweisungen vom Land für übergemeindliche Aufgaben.

Es handelt sich um die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, so Herr Behrens. Hauptsächlich finden sich diese im Bürgeramt (Aufgaben des Landes), die Summe ist abhängig von der Einwohnerzahl.

Herr Suhrbier fragt, warum die Ordnungswidrigkeiten nicht von der Bußgeldstelle bearbeitet werden sollen? Sollte man das nicht an einer Stelle belassen?

Frau Winter: Im Bürgerservice befindet sich die Verwarn- und Bußgeldstelle für den ruhenden Verkehr, die im Sommer bis in den Oktober hinein keine anderen Ordnungswidrigkeiten, die sich aus dem Satzungsgefüge der Gemeinde ergeben, bearbeiten kann (Straßenreinigung, Werbeanlagen, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Zweitwohnungssteuer?).

Die Owi-Bußgeldstelle soll im Bauamt angesiedelt sein, ergänzt Frau Guruz, weil ca. 80 % der übrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren ihren Ursprung im Bauamt haben. Momentan bearbeiten die Fachbereiche ihre Ordnungswidrigkeiten selbst, haben aber keine Zeit dafür, so dass viele Verstöße ungeahndet bleiben. Die Owi-Zentrale bearbeitet alle Fälle jenseits des ruhenden Verkehrs.

zu 6.

Herr Behrens zum Nachtragshaushalt:

- großer Anstieg bei den Investitionen, Ursache sind die Ermächtigungsübertragungen, die aus dem vergangenen Jahr für noch nicht abgeschlossene Investitionen übertragen wurden, z. B. 505.000 Euro für den Knotenpunkt Prora, 95.000 Euro für die Entwicklung EWE-Gelände, 1,5 Mio. Euro für die Sanierung Zinglingstraße, 340.000 Euro für die Erschließung MZO-Gelände, Straßen neue Mitte Prora 2,05 Mio. Euro, aufgrund 100 %iger Förderung Einnahmen in gleicher Höhe gebildet, Erstellung von B-Plänen 44.000 Euro
- MZO-Gelände nicht vollständig verkauft, Wert ist korrigiert – verändert das Bild der finanziellen Ausstattung
- wird aufgefangen durch die guten Gewerbesteuereinnahmen, ca. 4 Mio. Euro – für die kommenden Jahre sollte man von sinkenden Gewerbesteuereinnahmen ausgehen

Herr Michalski: Geplant waren ursprünglich 3,4 Mio. Euro an Gewerbesteuereinnahmen, auf welcher Basis erfolgt die Planung? Letztes Jahr hatten wir Einnahmen von 5 Mio. Euro, angesetzt waren nur 3,4 Mio. Euro, das ist ein großer Unterschied.

Herr Behrens äußert, dass man bei der Planung vorsichtig vorgeht und von den Sollstellungen am Jahresanfang ausgeht. Innerhalb des Jahres kommt es zu Nachveranlagungen oder Erstattungen, die schlecht vorhersehbar sind. Hohe Einnahmen wurden in den vergangenen Jahren durch Gewerbesteuern auf Gewinne aus Immobilienverkäufen erzielt, dabei handelte es sich allerdings um einmalige Einnahmen.

Ausgaben sind weiterhin geplant für Software, so Herr Behrens, hier handelt es sich um die Software für die Einführung der elektronischen Verwaltung als Pflichtaufgabe, die Gestaltung der neuen Website, Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung, insgesamt 40.000 Euro an Mehrausgaben.

Vorgesehen ist die Umsetzung des Verkehrsleitsystems - im Haushaltsplan noch nicht vorhanden – 130.000 Euro für die Verkehrszeichen werden benötigt.

Der Wartungsvertrag für die Beleuchtungsanlagen wurde gekündigt, ein neuer Anbieter kostet 46.000 Euro mehr, deckt aber mehr Leistungen ab.

Reduzierung der Kreisumlage um 304.000 Euro.

Das Jahresergebnis wird sich von 1,5 Mio. Euro auf 600.000 Euro reduzieren. Der Finanzhaushalt ist im Haushaltsjahr nicht ausgeglichen, aber durch die Vorträge der Vorjahre ist so viel angespart, um das abzudecken.

Der Finanzmittelbestand sollte lt. Haushaltsplan bei 4,5 Mio. Euro liegen, lt. Nachtrag sind es 400.000 Euro – das hängt aber mit den Ermächtigungsübertragungen zusammen.

Herr Behrens geht davon aus, dass aufgrund der Vielzahl der geplanten Baumaßnahmen im Jahr 2020 ein Großteil nicht umzusetzen ist, so dass das Geld nicht vollständig ausgegeben werden muss.

Frau Holtz weist auf einen Fehler im Finanzhaushalt hin: Die Einzahlungen erhöhen sich von bisher 10,126 Mio. Euro auf 10,296 Mio. Euro um 169.000 Euro – das muss korrigiert werden. Die Tippfehler sagt Frau Holtz Herrn Behrens nach der Sitzung.

Herr Michalski fragt zum Verkehrsleitsystem in Prora – inwiefern werden die Investoren mit zur Kasse gebeten?

Eine finanzielle Verpflichtung dazu besteht nicht, so Herr Behrens. Aber da sie davon profitieren, würde es Sinn machen, sie zu beteiligen.

Herr Michalski: Beruht die Entwicklung der Zweitwohnungssteuer (+ 150.000 Euro) nur auf Prora?

Nicht nur, so Herr Behrens. Neben der Entwicklung von Prora wirkt sich die Zusammenarbeit mit der Kurverwaltung bei der Datenerhebung positiv aus.

Herr Michalski bittet um Erklärung der Position „Veräußerung von Vermögen 38,6 Mio. Euro“, im Vorjahr 2018 aufgeführt, mit Stern und als „nicht zahlungswirksam“ gekennzeichnet.

Herr Behrens korrigiert die Zahl, das sind 3,86 Mio. Euro. „Nicht zahlungswirksam“ deshalb, weil im Ergebnishaushalt – es handelt sich um den Unterschiedsbetrag zwischen Veräußerungspreis und Buchwert des MZO-Geländes.

Herr Michalski: 40.000 Euro Gerichts- und Anwaltskosten im Jahr 2018, im Jahr 2019 sind es plötzlich 180.000 Euro? Für 2020 wieder nur 60.000 Euro eingestellt. Woran liegt das?

Herr Behrens kann die Kosten jetzt nicht im Detail erläutern. Er wird eine Übersicht zusammenstellen.

Frau Holtz zu den Erläuterungen bei den Aufwendungen für Unterhaltung Grundstücke und Gebäude – durch Raumlufgutachten müssen in der Schule Teppiche erneuert werden.

Keine Teppiche, sondern der Fußbodenbelag, so Herr Behrens.

Der Finanzausschuss empfiehlt die Beschlussfassung der Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes 2019 durch die Gemeindevertretung.

Abstimmung:

**Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1**


Michalski
Ausschussvorsitzender


Lußky
Protokollantin